WIRTSCHAFTSKAMMER BASELLAND

Mediencommuniqué vom 10. Juli 2012

3550 Zeichen (Gesamttext), 600 Zeichen (Lead)

Sprachkurse für Expats: Baselbieter Regierung schafft Obligatorium ab

Wirtschaftskammer begrüsst Änderungen zu Integrationsvereinbarungen

Liestal. Hochqualifizierte Einwanderer aus Drittstaaten, sogenannte Expats, müssen im Baselbiet künftig keine Deutschkurse mehr besuchen. Ein Pilotprojekt hat seit 2011 alle Einwanderer, die nicht aus dem EU/Efta-Raum stammen und länger als zwei Jahre in der Schweiz bleiben, zum Besuch von Sprachkursen verpflichtet. Nun will die Regierung darauf verzichten. Das Deutschlernen wird zwar weiterhin empfohlen, ein Sprachkursbesuch soll aber freiwillig sein. Die Erleichterung für die Expats ist die direkte Folge eines Vorstosses von FDP-Landrat Christoph Buser, designierter Direktor der Wirtschaftskammer Baselland.

«Hochqualifizierte Expats fallen in der Regel dem Kanton in keiner Weise zur Last, indem sie etwa arbeitslos werden oder gar sozialhilfeabhängig sind. Es macht daher wenig Sinn, solche Einwanderer zu Sprachkursen zu zwingen», sagt FDP-Landrat Christoph Buser, designierter Direktor der Wirtschaftskammer Baselland.

Dieser Argumentation folgt nun die Baselbieter Regierung. Die Sicherheitsdirektion ist zur Auffassung gelangt, dass mit Expats, die weniger als zwei Jahre in der Schweiz verweilen, nur noch Erstinformationsgespräche ohne eine Abgabe von Integrationsempfehlungen geführt werden sollen. Wer länger bleibt, soll künftig nur noch eine schriftliche Integrationsempfehlung erhalten. Heute werden Expats, die länger als zwei Jahre in der Schweiz bleiben, im Rahmen des 2011 gestarteten Pilotprojekts «Erstinformationsgespräche» mittels Integrationsvereinbarungen verpflichtet, Sprachkurse zu besuchen. Darauf will die Regierung künftig verzichten.

Der Regierungsrat setzt damit die Empfehlungen des Runden Tischs Integration der Sicherheitsdirektion um. Das Gremium hat eine Sondersitzung abgehalten, nachdem FDP-Landrat Christoph Buser am 8. März 2012 einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss eingereicht hatte (Interpellation Nr. 2012-083). Der Runde Tisch stellte fest, dass Expats zum Beispiel gegenüber Asylbewerbern mit einer vorläufigen Aufnahmebewilligung differenziert zu behandeln sind. Gleichzeitig sei die heutige Ungleichbehandlung von Expats aus EU/Efta-Staaten und jenen aus Drittstaaten aufzuheben.

«Für das Baselbiet ist dies ein wichtiger Erfolg im Bestreben darum, die Standortfaktoren für die Wirtschaft

zu verbessern», sagt Buser. Er habe nämlich Kenntnis von einigen Fällen, in denen Expats sich nicht im Kanton Baselland niedergelassen haben, sondern in Kantonen, in denen die Integrationsmassnahmen für Expats aus Drittstaaten weniger restriktiv sind. Dazu zählen insbesondere die Nachbarkantone Basel-Stadt, Aargau und Solothurn. «Es ist richtig und wichtig, dass auch im Kanton Baselland die Integrationsmassnahmen, wie etwa die Verpflichtung zum Besuch von Sprachkursen für Expats, freiwillig sind», sagt Buser.

Überdies müssten die staatlichen Gelder für Integrationsmassnahmen «bei jenen Einwanderern eingesetzt werden, die besonders Gefahr laufen, keine Arbeit zu finden und staatliche Unterstützung brauchen», so Buser.

Der FDP-Landrat begrüsst indes ausdrücklich, dass nach dem Willen der Regierung künftig bei Expats mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als zwei Jahren eine schriftliche Empfehlung abgegeben werden soll. «Um sich längerfristig in unserer Gesellschaft zu integrieren, ist es zweifellos zentral, die hiesige Sprache zu erlernen. Eine Integrationsempfehlung kann die Expats dafür sensibilisieren, dass sie freiwillig einen Sprachkurs besuchen», sagt der designierte Direktor der Wirtschaftskammer Baselland.

Kontakte:

Landrat Christoph Buser
design. Direktor
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 076 324 98 33

Daniel Schindler
Kommunikationsbeauftragter
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 061 927 65 62; 079 688 30 46